

"Maltas EU-Beitritt bis 2004? in Frankfurter Allgemeine Zeitung (1. Oktober 1998)

Legende: Le 1er octobre 1998, à l'occasion du changement de gouvernement à Malte, le quotidien allemand Frankfurter Allgemeine Zeitung s'interroge sur la relance du processus d'adhésion de l'île à l'Union européenne.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 01.10.1998, n° 228. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"maltas_eu_beitritt_bis_2004_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_1_oktober_1998-de-1fc3f5b1-3d6f-4d35-8465-b5ca0f696a79.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Maltas EU-Beitritt bis 2004?

Um Fortführung der guten Beziehungen zu Deutschland bemüht

now. BRÜSSEL, 30. September. Der neue maltesische Ministerpräsident Fenech Adami rechnet fest damit, daß sein Land in die Spitzengruppe der Kandidaten aufgenommen wird, die sich um einen Beitritt zur Europäischen Union (EU) bewerben. "Ich hoffe, daß Malta bis zum Jahr 2004 EU-Mitglied werden kann", sagte der konservative Politiker am Mittwoch in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Da noch unklar sei, wie rasch die EU-Partner die Verhandlungen zu führen gedächten, sei es nicht möglich, einen genauen Zeitpunkt zu nennen. Fenech Adami, dessen nationalistische Partei Anfang September durch einen Wahlsieg über die Sozialisten nach zwei Jahren wieder an die Macht gelangt ist, erwartet keine größeren Hürden für die Gespräche. Sein Amtsvorgänger Sant habe zwar 1996 das maltesische Beitritts-gesuch auf Eis gelegt und die Mehrwertsteuer durch eine Umsatzsteuer ersetzt, die nicht mit der Steuerpolitik der EU vereinbar sei. Nachdem die Regierung Fenech Adami den Beitrittsantrag erneuert und bereits eine Reform der Steuerregeln angekündigt habe, stünde einem raschen Abschluß der Verhandlungen mit der EU nichts mehr im Wege. Malta zählt derzeit rund 375000 Einwohner, was der Bevölkerungszahl Luxemburgs entspricht.

Vor dem Beitritt eine Volksabstimmung

Fenech Adami, der sich in Brüssel zu Gesprächen mit anderen christlich-demokratischen Parteiführern Europas aufhielt, bekräftigte die Absicht seiner Regierung, den EU-Beitritt seines Landes an eine Volksabstimmung zu knüpfen. Seine Zuversicht, dabei eine Mehrheit zu erreichen, begründete er einerseits mit der Tatsache, daß es auch bei den jetzt oppositionellen Sozialisten durchaus Strömungen zugunsten eines Beitritts gebe; vor allem müßten die Bürger seines Landes aber auch die Gewißheit erhalten, daß Malta unwiderruflich auf dem Weg in die Gemeinschaft sei. Mit Blick auf die Stimmung im Lande sei es wichtig, von der Gemeinschaft unmißverständlich als künftiges Mitglied angesehen zu werden, sagte der Ministerpräsident.

Neutralität kein Beitrittshindernis

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger hat Fenech Adami keine Befürchtungen, daß ein Beitritt zur Gemeinschaft für das für die maltesische Wirtschaft bedeutsame Handwerk und den Mittelstand verheerende Auswirkungen durch die Konkurrenz aus EU-Mitgliedstaaten haben werde. Schon jetzt hätten sich Unternehmer aus der Gemeinschaft auf den Inseln niedergelassen. Rund vier Fünftel des Außenhandels Maltas entfielen bereits heute auf die EU-Staaten. Kein Hindernis für einen Beitritt sieht der Ministerpräsident auch durch den Neutralitätsstatus Maltas, da dieser sich ausdrücklich auf gleichgewichtige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der - jetzt nicht mehr als "Supermacht" existierenden - Sowjetunion beschränkt habe. Auch wenn Malta keine "Brückenfunktion" zwischen Europa und den Nachbarn des südlichen Mittelmeerraums beanspruche, könne es dank seiner geographischen Lage und politischen Erfahrungen die Kontakte erleichtern. Das Verhältnis zum nur dreihundert Kilometer entfernten Libyen bezeichnete Fenech Adami als "normale Arbeitsbeziehung". Der Politiker versicherte, sein Land wolle als Mitglied der EU die politische Integration der Gemeinschaft weiter vorantreiben. Nach dem Regierungswechsel in Bonn sei nicht damit zu rechnen, daß sich die traditionell guten Beziehungen Maltas zu Deutschland verändern würden.